

Ressort: Finanzen

Steinbrück will mit Aktionsplan gegen Spionage

Berlin, 14.08.2013, 02:13 Uhr

GDN - Die SPD will mit einen Sechs-Punkte-Aktionsplan die deutsche Wirtschaft gegen Wirtschaftsspionage schützen. Dies geht aus dem Papier "Schutz für den Hochtechnologie-Standort Deutschland" des SPD-Teams um Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hervor, das der "Welt" exklusiv vorliegt.

"Deutschland befindet sich im Fadenkreuz internationaler Spionage", heißt es in dem Papier. "Für die deutsche Wirtschaft bedeutet diese Entwicklung eine massive Bedrohung." Viele kleine und mittlere Unternehmen verfügten nicht über die Ressourcen der Großkonzerne, um sich gegen die digitale Wirtschaftsspionage zu schützen, schreibt Steinbrück. Sie seien deshalb darauf angewiesen, "dass wie in allen sicherheitsrelevanten Bereichen der Staat seine Schutzpflicht wahrnimmt". Die schwarz-gelbe Koalition habe diese Pflicht ignoriert. "Es ist hier wie in allen anderen Politikfeldern: Frau Merkel und die Regierung haben 2011 eine sogenannte Cyber-Sicherheitsstrategie beschlossen. Und was ist seither passiert? Nichts! Wieder mal nur heiße Luft, Ankündigungen ohne Folgen, leere Hüllen. Stillstand", sagte Steinbrück der "Welt". Der SPD-Kanzlerkandidat will "Cyber-Sicherheit zur Chefsache" machen, schreibt er in dem Papier. Bis 2020 will er der Wissenschaft 250 Millionen Euro für Forschung zu Cyber-Sicherheit zur Verfügung stellen. Für eine Qualifizierungsoffensive "IT-Sicherheit" will die SPD Schulen, Arbeitgeber und Verbände an einen Tisch holen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik soll ein Trainingsprogramm für Unternehmen entwickeln. Der Etat des Amtes will die SPD von heute 88 auf "mindestens 150 Millionen Euro" erhöhen, die Zahl der Mitarbeiter im Cyber-Abwehrzentrum soll von heute zehn auf über 100 steigen. Auch werden Unternehmen stärker in die Pflicht genommen. "Ab einer bestimmten Betriebsgröße werden Unternehmen verpflichtet, einen Mindeststandard an IT-Sicherheit zu erfüllen", heißt es in dem Papier. Gemeinsam mit den Unternehmen will die SPD ein "Gütesiegel zur IT-Sicherheit und zur Wahrung hoher Datenschutzstandards" entwickeln. Zudem müssen sich künftig ausländische Unternehmen an deutsches oder europäisches Recht halten, wenn sie ihre Dienste in Deutschland anbieten. Die vom Innenministerium geplante Meldepflicht für Cyberattacken ist im SPD-Papier nicht vorgesehen. Diese lehnt auch das Wirtschaftsministerium ab, weshalb ein Gesetz gegen Hacker in der ablaufenden Legislaturperiode gescheitert war. Unternehmen befürchten einen Reputationsschaden, wenn in Folge eines Hackerangriffs Informationen an die Presse durchsickern würden und befürworten statt eines Gesetzes freiwillige Lösungen. Hier das autorisierte Zitat von Peer Steinbrück (SPD): "Es ist hier wie in allen anderen Politikfeldern: Frau Merkel und die Regierung haben 2011 eine sogenannte Cyber-Sicherheitsstrategie beschlossen. Und was ist seither passiert? Nichts! Wieder mal nur heiße Luft, Ankündigungen ohne Folgen, leere Hüllen. Stillstand."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-19590/steinbrueck-will-mit-aktionsplan-gegen-spionage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com